Deutsche Juden verspüren wieder Angst

Hamas-Massaker und Israels Reaktion befeuern Antisemitismus – Michael Rubinstein berichtet von großer Verunsicherung

Von unserem Redakteur
Kiljan Krauth

HEILBRONN „Zwischen Normalität und gepackten Koffern": So bringt Michael Rubinstein die Situation von Juden in Deutschland auf den Punkt. Nach dem 7. Oktober 2023, also nach dem Hamas-Terror habe der Antisemitismus auch hierzulande zugenommen. 2022 seien 2639 solcher Straftaten angezeigt worden, 2024 schon 5180. Sie richteten sich gegen Menschen und Einrichtungen, kommen vor allem von rechts, aber auch von ganz links und von Islamisten. „Und in Sozialen Netzwerken geht's durch die Decke."

Rubinstein bekommt als Gemeindedirektor der in Stuttgart angesiedelten Israelischen Religionsgemeinschaft Württemberg (IRGW) und ihrer neun Filialen „vieles hautnah mit", wie Günter Spengler vom Freundeskreis Synagoge sagt. Dieser Tage begrüßte er ihn zusammen mit Vorsteherin Avital Toren, etlichen Gläubigen und Sympathisanten in den Gebetsräumen der neuen jüdischen Gemeinde von Heilbronn an der Allee, wo nach dem Referat viele rege mitdiskutierten.

Einschnitt Der gebürtige Rheinländer, Jahrgang 1972, holte weit aus. Ende der 1980er Jahre sei der Zahl der Juden in Deutschland auf 30 000 geschrumpft, ehe sie durch sogenannte „Kontingentflüchtige" aus der ehemaligen Sowjetunion auf heute rund 250 000 stieg, wobei davon 90 000 ihren Glauben in 100 teils neu gegründeten Gemeinden praktizierten. Deren oft blühendes Gemeindeleben habe spätestens mit den Morden von Halle 2019 einen Dämpfer bekommen. „Wir können nicht mehr unbefangen leben. Vor unseren Synagogen stehen Polizeiautos", berichtete Rubinstein.

Antisemitische Straftaten haben enorm zugenommen. Davon zeugen auch Mahnwachen wie hier nach einem Brandanschlag auf eine Synagoge in Berlin. Foto: dpa

Durch die 1400 Opfer des Hamas-Terror sei alles noch schlimmer geworden. „Die Angst ist zurück."

Was ihn besonders bedrücke: Nach dem ersten Schock über die grausamen Bilder schaue die Welt „gleichsam tatenlos zu". Die als „deutsche Staatraison" bezeichnete Solidarität sei nicht viel mehr als eine Worthülse, die vielen Pro-Palästina-Bekundungen „eine Täter-Opfer-Umkehr gegen ein Land, das sich nur wehrt", ein Schlag ins Gesicht aller Juden, auch jener in Deutschland, die hier eine neue Heimat gefunden hätten oder sich von jeher als Deutsche fühlten und sich mit diesem Land identifizierten.

Gemeindeleben „Aber wir lassen uns nicht zurückdrängen" und: „Bildung ist der Schlüssel zu allem", betonte der IRGW-Direktor mit Blick auf die sehr aktive Stuttgarter Gemeinde, die neben der Synagoge unter anderem einen Kindergarten und eine Grundschule betreibe, mit einem Gymnasium kooperiere und noch in diesem Frühling ein eigens Bildungswerk einweihe. Gleichzeitig habe man sich mit dem Land baden-Württemberg auf einen „sehr guten neuen Staatsvertrag" geeinigt und wirke in vielerlei Weise in die Stadtgesellschaft hinein.